

## **EntschlieÙung**

### **des Burgenländischen Landtages vom 04. Juni 2020 betreffend „Sicherheitsausbau S4“**

Im Zeitraum der Jahre 2000 - 2018 gab es auf der Mattersburger Schnellstraße S4 67 Unfälle mit Personenschaden, davon 11 Tote, 16 Schwerverletzte, 124 Verletzte und 310 Unfälle mit Sachschaden. Auch die Burgenland Schnellstraße S31 stellt Abschnittsweise eine gefährliche Strecke dar. Erst am 22. September 2019 forderte ein schwerer Autounfall vier Menschenleben.

Die dafür zuständige ASFINAG ist bemüht, durch Umsetzung ihres Sicherheitsprogrammes insbesondere SchnellstraÙen sicherer zu gestalten. Im Zuge dieser Programmumsetzung werden bereits der Streckenabschnitt auf der S31 zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlussstelle Weppersdorf/St. Martin sowie zukünftig auch der Abschnitt auf der S4 zwischen dem Knoten Mattersburg und dem Knoten Wiener Neustadt einem Sicherheitsausbau sowie Instandsetzungsarbeiten unterzogen. Der Sicherheitsausbau betrifft unter anderem bauliche Mitteltrennungen, Erweiterung der Lärmschutzwände, Errichtung von Pannestreifen, die Sanierung von Brücken, Erneuerung von Beschleunigungs- und Verzögerungstreifen sowie der Auf- und Abfahrten der Anschlussstellen. Neben der Sanierung der Fahrbahnen werden auch die Entwässerungsanlagen angepasst beziehungsweise erneuert.

Um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer spürbar zu erhöhen, die Schmutz- und Lärmemissionen für Anrainer bestmöglich hintanzuhalten und die Natur und Landschaft zu schonen, braucht es nach Abwägung aller Interessen eine vorausschauende und nachhaltige Planung und konsequente Umsetzung der notwendigen Maßnahmen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung und an die ASFINAG heranzutreten, man möge im Zuge des Ausbaus der S31 und der S4

- alle notwendigen Maßnahmen treffen, um dauerhafte negative Beeinträchtigungen der Natur (z.B. unnötige Bodenversiegelung) sowie der Lebensqualität und Gesundheit der Anrainer (z.B. durch Lärmschutzwände) zu verhindern;
- sämtliche Maßnahmen ergreifen, um die Nutzungssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer deutlich zu erhöhen;
- die Bevölkerung über alle zukünftigen Schritte informieren und die Interessen aller Betroffenen bestmöglich berücksichtigen.